

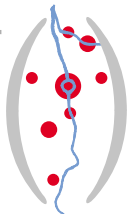
STADT+ UM+ LAND 2030



Zukunftsforum 2030

Inhalt

Vorwort	3
Grußwort von Hennig Brandes, Vorsitzender des Ausschusses für Regionalplanung des ZGB	4
Grußwort von Ministerialdirigent Henning Binnewies, ML Niedersachsen.....	5
Grußwort von Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink, Stadt Braunschweig.....	7
Gestaltung im demographischen Wandel – Impulse und Ideen für die Region Braunschweig 2030	
Workshop „Jung und Alt - aktiv und mobil“	8
Workshop „Raum und Struktur - haushalten und entwickeln“	14
Workshop „Zukunft durch Wissen - erfahren und innovativ“	19
Ausblick	23
Presse	25
Impressum	28



Vorwort

Das Zukunftsforum 2030 fand am 24. September 2003 als Abschlussveranstaltung des Projekts STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig in Braunschweig statt.

Im Projektverlauf von April 2002 bis September 2003 fanden in drei parallelen Dialogstränge zahlreiche Veranstaltungen statt. Im Bürgerdialog erarbeiteten Bürgerinnen und Bürger der Region Braunschweig ein Bürgergutachten für das Leitbild STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig. Der stadt-regionale Dialog bezog Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbänden sowie gesellschaftliche Gruppen der Region Braunschweig in den Leitbildprozess ein. Den Auftakt des stadt-regionalen Dialogs bildete im August 2002 die Zukunftskonferenz. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten Erwartungen und Wünsche für das Jahr 2030 und mögliche Leitbildansätze. Aus der Zukunftskonferenz gingen die drei thematischen Arbeitskreise „Wohnen und Versorgung“, „Landschaft/Siedlung/Verkehr“ sowie „Arbeitswelt“ her

vor. Jeder Arbeitskreis entwickelte ein thematisches Leitbild. Der Bilanzworkshop im Juni 2003 führte die Ergebnisse der drei Arbeitskreise zu einem gemeinsamen Leitbild zusammen. Im Expertendialog leisteten die fünf Teams des interdisziplinären Forschungsverbunds Grundlagenforschung und bezogen dabei mit Expertenworkshops weitere Wissenschaftler ein.

In allen drei Dialogsträngen wurden Leitbilder erarbeitet, die auf dem Zukunftsforum 2030 vorgestellt wurden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Zukunftsforums entwickelten darauf aufbauend Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung des gemeinsamen Leitbilds STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig. Die erarbeiteten Ergebnisse werden in dieser Broschüre dokumentiert.



Grußwort

**Von Hennig Brandes,
MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Regional-
planung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig
(ZGB)**

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie alle ganz herzlich zum Zukunftsforum 2030 des stadt-regionalen Forschungsprojektes STADT+UM+LAND 2030 begrüßen. Mehr als 150 Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Verwaltung, Institutionen und interessierter Öffentlichkeit sowie Kommunalpolitik haben den Weg zu diesem Zukunftsforum in die Braunschweiger Stadthalle gefunden und möchten an der Ausgestaltung des Leitbildes STADT+UM+LAND 2030 aktiv mitwirken. Von daher möchte ich Sie nicht nur begrüßen, sondern mich gleichzeitig auch für Ihr Engagement bedanken.

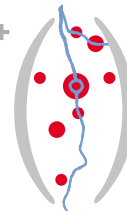
Mitte des Jahres 2000 hat die Verbandsversammlung des ZGB der Teilnahme des Verbandes am Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zugestimmt. Institute der TU Braunschweig, der TU Hannover und das Planungsbüro KoRiS haben einen hervorragenden Wettbewerbsbeitrag erarbeitet, der anerkannt wurde und 1,2 Mio € Fördermittel des Bundes eingebracht hat. Der ZGB-Beitrag war damit unter 100 Bewerbern einer der 21 erfolgreichen Teilnehmer. Dadurch konnte das Forschungsvorhaben „STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig“ finanziert werden.

Bemerkenswert ist, dass durch ihre Arbeit im Rahmen dieses Forschungsprojektes zum Ausdruck kommt, dass das Wort „Region“ hier in und um Braunschweig nicht nur ein geografischer Begriff ist, an den die Vertreter

aus Wirtschaft, Politik und sonstigen gesellschaftlichen Gruppen und die Menschen, die hier leben, die unterschiedlichsten Erwartungen haben. Für mich kommt vielmehr zum Ausdruck, dass es eine „Region Braunschweig“ bereits gibt, die eben mehr ist als ein rein geografischer Raum. Die „Region Braunschweig“ ist im Wettbewerb definiert als das Verbandsgebiet des ZGB mit seinen eigenständigen Verbandsgliedern der drei Städte Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter und den fünf Landkreisen Gifhorn, Helmstedt, Wolfenbüttel, Peine und Goslar. In diesem historisch gewachsenen Raum mit seinen schönen Landschaften der Heide, des Braunschweiger Hügellandes und des Harzes leben 1,2 Mio Menschen auf 5000 qkm Fläche mit viel wirtschaftlichem, kulturellem und natürlichem Potenzial.

Wo liegt nun der Nutzen des Forschungsvorhabens „STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig“? Zunächst werden die zu erwartenden Entwicklungsprozesse eingeschätzt, der demographische Wandel, die Alterung der Bevölkerung, der Einwohnerrückgang, die Abnahme der Erwerbstätigen, die Stadtschrumpfung und die Verschärfung der kommunalen Konkurrenzen als Standort für Einwohner, Ansiedlungen usw. In dem Wissen, dass sich diese Prozesse nicht aufhalten lassen zielt die Studie in einem zweiten Schritt darauf ab, geeignete „Anpassungsstrategien“ herauszuarbeiten, um unsere „Lebenswelt von morgen“ für die Menschen in der Region Braunschweig so lebenswert wie möglich zu gestalten. Zu meiner Überraschung herrscht weitgehende Einigkeit über die Einschätzung unerwünschter Entwicklungen, die Notwendigkeit darauf reagieren zu müssen und über mögliche Anpassungsinstrumente wie kommunale Kooperationen, Anreizsysteme und letztlich einen ordnungsrechtlichen Rahmen. Wunsch und Wirklichkeit liegen dann aber oft doch nicht so nahe beieinander, dies ist zumindest meine politische Erfahrung. Wir haben auch hier kein Erkenntnis- sondern mehr ein Umsetzungsproblem.

„STADT+UM+LAND 2030“ regt neben dem Tagesgeschäft zum Nachdenken an, über unsere „Lebenswelt von morgen“. Ich wünsche mir, dass die Ergebnisse dieses Forschungsvorhabens in künftige Entscheidungsprozesse in der Region Braunschweig mit einfließen und ich lade Sie ein, daran mitzuwirken, dass unsere Region dadurch näher zusammenrückt und somit noch stärker und zukunftsfähiger wird. Herzlich willkommen und nochmals ein besonderer Dank denen, die mit viel Fleiß und Engagement an diesem Projekt mitgewirkt haben.



Grußwort - STADT+UM+LAND 2030. Perspektiven für Niedersachsen

**Ministerialdirigent Henning Binnewies,
Niedersächsisches Ministerium für den
ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz**

Zurzeit beschäftigt der demographische Wandel scheinbar alle - wenn man das daran misst, wer sich mit den Themen Bevölkerungsrückgang, Alterung, Zuwanderung bis hin zu Renten und Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge befasst.

Aber selten gehen die Überlegungen so weit in Details und in Konsequenzen, wie es diese Region mit dem Projekt STADT+UM+LAND 2030 begonnen hat. Das Engagement und die Art und Weise, wie die Auswirkungen der demographischen Entwicklung aufgearbeitet und im Rahmen zukunftsfähiger Leitbilder zur Diskussion gestellt wurden, ist nicht nur positiv herauszustellen, sondern als wegweisend zu bezeichnen.

Das Projekt STADT+UM+LAND 2030 ist als Forschungsverbund mit vielen unterschiedlichen Experten und Ausrichtungen angegangen worden und so muss dieser Prozess auch weitergeführt werden. Nur in kommunaler und regionaler Verantwortung können unter den vielschichtigen Gesichtspunkten gemeinsame und tragfähige Lösungen für Schrumpfungs- und Anpassungsprozesse mit und für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt und umgesetzt werden. Das schrittweise Vorgehen mit der Zukunftsperspektive 2030 hilft, frühzeitig die Antworten auf die gestellten Zukunftsfragen zu klären, ob die Region richtig aufgestellt und sich ihrer Entwicklungschancen und -risiken bewusst ist.

Der demographische Wandel ist von drei großen Entwicklungen gekennzeichnet: Bevölkerungsabnahme, Alterung und Internationalisierung der Bevölkerung. Dass der demographische Wandel eine der wesentlichen Herausforderung für unsere Gesellschaft und für die Entwicklung aller Regionen ist, steht außer Zweifel. Denn die demographische Entwicklung wird auf alle gesellschaftlichen Bereiche Einfluss haben: Auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, auf die Infrastruktur und die Finanzsituation der öffentlichen Hand, auf die Versorgungsstrukturen, vom Einzelhandel bis zur Altenpflege, und damit auf viele Wirtschaftsbereiche und natürlich auf das gesellschaftliche Miteinander. Alle Politikfelder sind gefragt und gefordert.



Für die öffentliche Daseinsvorsorge ergeben sich damit eine Reihe von Bewertungsfragen und Anpassungserfordernissen. Denn

- der Bevölkerungsrückgang führt zu generellen Tragfähigkeitsproblemen bei Öffentlichem Verkehr, Handel und Dienstleistungen, sozialer und kultureller Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung.
- die alternde Gesellschaft erhöht generell die Nachfrage nach altengerechten Infrastrukturen.
- die Altersstrukturverschiebungen bewirken starke Schwankungen beim altersspezifischen Infrastrukturbedarf und erschweren dessen kontinuierliche Planung.
- die Internationalisierung erfordert Einrichtungen und Geld für Integrationsaufgaben, insbesondere in Stadtregionen.
- die Suburbanisierung führt in einigen Räumen zu einem Nebeneinander von Kernstädten mit Unterauslastung von Infrastruktur und Umlandkreisen mit Neubedarf.

In diesen Sachzwängen liegt allerdings auch die Chance - bei realistischer Einschätzung der unabweislichen Entwicklungstrends sowie einer frühzeitigen Strukturanpassung und konsequenter Koordination zeitlicher und räumlicher Maßnahmen - tragfähige und sozialverträgliche Umbau- und Entwicklungsprozesse anzustoßen, die ihrerseits neue Perspektiven eröffnen.

Dies setzt aber auch eine Bewusstseinsänderung voraus. Künftig darf die Schließung oder Zusammenlegung von Einrichtungen nicht mehr mit dem Stigma des „Verlierers“ verbunden werden.

Im Gegenteil, sie ist positiv zu bewerten, als Anpassungs- und Selbststeuerungskompetenz von Regionen und Gemeinden. Dies gilt vor allem dann, wenn solche Maßnahmen auf einem gemeinsamen Konsens in der Beurteilung der Handlungsmöglichkeiten und auf gemeinsamen Entwicklungszielen beruhen.

Regionen und Kommunen werden nicht umhin kommen, gemeinschaftlich die Frage

- nach den Beurteilungsmaßstäben für eine angemessene Versorgung,
- nach der Notwendigkeit für die Überprüfung räumlichen Einzugsbereiche öffentlicher Einrichtungen,
- nach den Erfordernissen, die bestehenden Organisationsstrukturen anzupassen,
- und nach dem Umgang mit steigenden Infrastrukturkosten und -belastungen

zu beantworten und daran Entscheidungen zu knüpfen. Deshalb sehe ich einen großen Nutzen aus dem Projekt STADT+UM+LAND 2030 vor allem in der Bewusstseinsbildung und der Vermittlung von Entwicklungsbedingungen als Voraussetzung für mögliche Reaktionen.

Wenn sich eine Region mit den Zukunftsfragen regionaler und kommunaler Entwicklung so grundlegend auseinandersetzt, wie es diese Region tut, heißt dies, dass sie sich einen Vorsprung erarbeitet hat und eine solide Basis im gemeinsamen Handeln und Entscheiden geben will. Dies wird sich für die gesamte Region mit ihren Kommunen positiv auswirken und die Zusammenarbeit in wichtigen und besonders kostenträchtigen Bereichen verbessern.

Die demographischen Entwicklungen lösen zwar Zwang zur Kooperation und Abstimmung aus, aber bekanntlich lassen sich gute Kooperation und frühzeitige Abstimmung nicht erzwingen, sondern nur auf der Grundlage eines fairen Interessenausgleichs und gemeinsamer Ziele erfolgreich gestalten.

Die Raumordnung und Landesentwicklung wird dazu ihre Kernkompetenzen anbieten. Auf Landesebene heißt das:

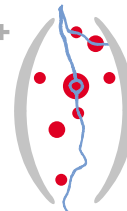
- Koordinierung gegenüber den Fachressorts unter Einbeziehung der Interessen der Regionen. Hierzu hat die Landesregierung unter Federführung des Landwirtschaftsministeriums einen interministeriellen Arbeitskreis „Landesentwicklung und ländliche Räume“ eingerichtet, der auch die Konsequenzen des demographischen Wandels bei allen Erörterungen mit zu bedenken hat.
- Sensibilisierung für die veränderten Entwicklungsbedingungen, für die Strukturschwächen und -stärken der niedersächsischen Regionen. Hierzu wird z. Zt. ein Regionalmonitoring aufgebaut und wird durch Veranstaltungen und Förderung modellhafter Lösungen den Regionen Hilfestellung gegeben.

- Eine Reform der staatlichen Mittelebene mit dem Ziel, die kommunale Verantwortung zu stärken, die regionalen Kompetenzen zu fördern. Davon wird auch das Verhältnis zwischen den Planungsebenen nicht unberührt bleiben. Für eine funktionierende Landesentwicklung wird das Zusammenspiel von Raumplanung und Landes- und Regionalentwicklung auf allen Ebenen (Land, Region, Gemeinden) entscheidend sein. Der regionalen Planungsebene wird auch mehr Initiativ-, Moderations- und Koordinationsleistung abverlangt werden.

Ich bin sicher, dass sich die Region Braunschweig für die Zukunft gut aufstellen wird. Ob es die Initiativen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, zum Regionalmarketing, zur Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes oder zur Sicherung der Nahversorgung durch abgestimmte Einzelhandelsentwicklung ist: alle diese Initiativen deuten darauf hin, dass die Region Braunschweig bereits Handlungsstrukturen und Netzwerke für Kooperation und breit getragene Entscheidungen und konkrete Entwicklungsmaßnahmen hat und diese weiter ausbauen wird.

Vielen Dank.





Grußwort

**Von Wolfgang Zwafelink,
Stadtbaurat Stadt Braunschweig**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Beschäftigung mit den Entwicklungsperspektiven der Städte und ihres Umlandes bis zum Jahr 2030 ist in einer polyzentrisch strukturierten und vom demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandel betroffenen Region wie dem Großraum Braunschweig eine ebenso spannende wie notwendige Aufgabe mit teilweise diametral verlaufenden Entwicklungslinien.

So wird z. B. die Bevölkerungszahl der Region abnehmen. Zugleich ist mit einer weiteren Siedlungsentwicklung – wünschenswerterweise in den zentralen Orten – zu rechnen. Damit stellt sich für die Region die Frage: Kann man schrumpfen und gleichzeitig qualitativ wachsen? Hierzu wurden in zahlreichen Arbeitskreisen Überlegungen angestellt, Machbares und Wünschenswertes formuliert und mögliche Leitziele entwickelt.

Die Rahmenbedingungen unseres Handels haben sich in der Vergangenheit verändert und unterliegen absehbar einer sich noch beschleunigenden Veränderung. Die Handlungsspielräume jedes einzelnen Akteurs nehmen ab, während der Handlungsdruck – wenngleich bei dem einen oder anderen in unterschiedlicher Ausprägung – stetig steigt. Auf vielen Feldern der Regionalentwicklung entstehen Herausforderungen, die sich vermutlich nur durch engere Kooperationen erfolgreich bewältigen lassen.

In diesem Sinne muss die weitere Entwicklung der Region Braunschweig nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund einer globalisierten Wirtschaft und einem Europa der Regionen betrieben werden.

Ich meine, dass in unserer Region bereits einige erfolgversprechende Kooperationen auf den Weg gebracht sind bzw. derzeit vorbereitet werden. Zu nennen sind hier z. B. die interkommunale Entwicklung von Gewerbegebieten wie auch das regionale Einzelhandelskonzept, das die Versorgungs-, Planungs- und Investitionssicherheit stärken wird.

Im Wettbewerb der Regionen ist die Außen- wie auch die Innenwahrnehmung der Region Braunschweig von besonderer Bedeutung. Mit der Regionalmarketing GmbH und der Bewerbung Braunschweigs und der Region als Kulturhauptstadt 2010 werden Projekte auf den Weg gebracht, mit denen die endogenen Potenziale unseres Raums entwickelt und nutzbringend eingesetzt werden können.

Mit dem Projekt STADT+UM+LAND 2030 ist immerhin ein Diskussionsprozess eingeleitet worden. Projekte mit Signalwirkung müssen dem folgen. Dass der Bundesabschlusskongress des Projekts „Stadt 2030“ heute und morgen in Braunschweig stattfindet, wird der innerregionalen Zusammenarbeit weitere Impulse verleihen. Die Stadt Braunschweig möchte und wird sich an einer weiteren Umsetzung von STADT+UM+LAND 2030 beteiligen, um die quantitative und qualitative Entwicklung der Region zu stärken.

Packen wir es an – am besten noch heute!

Gestaltung im demographischen Wandel – Impulse und Ideen für die Region Braunschweig

Nach der Begrüßung durch den ZGB, die Stadt Braunschweig und das Land Niedersachsen präsentierten Vertreterinnen und Vertreter des stadt-regionalen Dialogs, des Bürger- und des Expertendialogs die erarbeiteten Leitbilder des Projekts STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig. Diese Leitbilder sind in Heft 7 der Beiträge zu STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig ausführlich dargestellt.

In drei Workshops wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Zukunftsforums 2030 zunächst gute Beispiele, die in der Region Braunschweig bereits heute existieren, vorgestellt. Anschließend überlegten sie, welche Maßnahmen wie, von wem und in welchem Zeitraum angegangen werden sollten, um das Leitbild STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig zu verwirklichen. Im Folgenden werden die Beispiele und die Arbeitsergebnisse der Workshops dargestellt.

Workshop „Jung und Alt - aktiv und mobil“

Impulsreferat Mehrgenerationen-Wohnen Frau Raeder (Landkreis Peine)

In der Kreisverwaltung des Landkreises Peine gehen engagierte Frauen - die Frauenbeauftragte und der Fachdienst Bauordnung/Raumordnung - das Thema „Demographischer Wandel – Intergeneratives Wohnen“ im Landkreis intensiv an. Das Thema wurde bereits in zwei Zukunftswerkstätten unter den Titeln „Frauengerechte Baugebiete“ und „Unser Dorf soll schöner werden, unser Dorf hat Zukunft – Frauen gestalten ihr Lebensumfeld“ bearbeitet.

Ein Ergebnis dieser Werkstätten war der Wunsch von Frauen, für Groß Lafferde ein Mehrgenerationenhaus zu schaffen mit gemischtem Wohnen von jung und alt, gegenseitiger Hilfe und Betreuungsangeboten, kombiniert mit einem Dienstleistungszentrum, in dem es ein Café und Einkaufsmöglichkeiten gibt. An der Planung dieses Mehrgenerationenhauses wird seitdem gearbeitet. Das Ideal ist nicht die Großfamilie, sondern eine gut funktionierende Nachbarschaft.

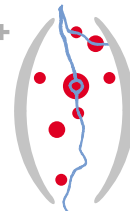


Der Landkreis Peine versteht sich als Moderator derartiger Prozesse, der für Ideen und Anregungen sorgt und eine Plattform für Kommunikationsprozesse bereitstellt. Nach seiner Ansicht bieten auch die ländlichen Siedlungen gute Chancen, das Mehrgenerationenwohnen in moderner Form zu verwirklichen. Als nächster Schritt ist eine Veranstaltung mit den Gemeinden geplant mit Themen wie z.B. „Die demographische Entwicklung im Landkreis Peine“ und „Welche Handlungsstrategien sind zukünftig erforderlich?“. Die Arbeitsgruppe „Zukunftsentwicklung der Gemeinde Edemissen“ wird ihr Vorgehen zu diesem Thema erläutern.

Impulsreferat Bürgerstiftung Goslar Herr Rieck (Geschäftsführer Bürgerstiftung Goslar)



Die 1999 gegründete Bürgerstiftung Goslar¹ verfolgt das Ziel, zur Stärkung und Sicherung sozialer, kultureller und gemeinschaftsfördernder Belange im Raum Goslar beizutragen. Auslöser für die Gründung der Bürgerstiftung war der Wunsch nach Gestaltungsmöglichkeiten des öffentlichen Lebens vor dem Hintergrund der rückläufigen Förderung sozialer Projekte durch die öffentliche Hand. Wichtig ist es der Stiftung, als erweitertes Angebot sozialer Infrastrukturförderung wahrgenommen zu werden und nicht als Schattenhaushalt



der Kommune, der ehemals öffentliche Aufgaben aufgrund leerer Kassen übernimmt. Entsprechend breit gefächert ist der Aufgabenbereich: Bildung, Erziehung, Wissenschaft sowie Kriminalprävention und Sport sind ebenso satzungsgemäße Ziele der Bürgerstiftung wie Kunst, Kultur und mildtätige Zwecke. Der Hauptarbeitsbereich der Stiftung liegt in der Koordination und Verteilung der finanziellen Mittel – für die Entwicklung eigener Projekte fehlen noch personelle Kapazitäten. Dennoch gibt es viele Ideen und Projekte, die von der Bürgerschaft an die Stiftung herangetragen werden und die ohne die finanzielle Förderung durch die Stiftung in ihrer bestehenden Form nicht existieren könnten. Beispielhaft seien an dieser Stelle die Co-Finanzierung des Waldkindergartens genannt, der Ersatz eines Kleinbusses für die Jugendpflege sowie die finanzielle Förderung des theaterpädagogischen Unterrichts der Stadt Goslar. Die Organisation wird von sieben ehrenamtlichen Mitarbeitern in Form eines Stiftungsrates geleistet, der über die an die Stiftung herangetragen Projekte bezüglich ihrer Förderfähigkeit entscheidet.



Ergebnisse des Workshops „Jung und Alt - aktiv und mobil“

Die folgenden Maßnahmen wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops „Jung und Alt - aktiv und mobil“ in Bezug auf das weitere Vorgehen diskutiert. Die an Stellwänden dokumentierten Diskussionsergebnisse des Workshops sind in den Abbildungen auf Seite 11 -13 dargestellt.

Intergenerative Projekte und innovative Wohnprojekte

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops „Jung und Alt - aktiv und mobil“ sehen als wichtige Maßnahmen für das Zusammenleben von Alt und Jung, intergenerative Projekte und innovative Wohnprojekte. Dabei soll auch auf die soziale Mischung im

Viertel und auf die Größe der Quartiere geachtet werden. Als wichtig angesehen werden bedarfsgerechte Grundrisse von Wohnungen und Häusern und ein bedarfsgerechtes Wohnumfeld. Es sollte „Dorfplätze“ geben, auf denen man sich begegnen und sich austauschen kann, so dass das Quartier Lebensmittelpunkt wird.

Damit derartige Projekte umgesetzt werden können, müssen Wohnungsbauunternehmen zusammen mit Kommunen und Kreisen eine entsprechende Architektur entwickeln und realisieren und die Kommunen Pilotprojekte fördern. Dies sollte partnerschaftlich geschehen, indem Planung, Kommunen, Investoren, Bauherren sowie Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten. Weiterhin müssen staatliche Rahmenbedingungen geändert oder erhalten werden, um z.B. Spielplätze im Quartier zu sichern. Die Umsetzung all dieser Ideen sollte sofort beginnen, denn die Konzepte bestehen bereits.

Angebot von Sprachkursen für ausländische Eltern und Kinder

Eine weitere wichtige Maßnahme ist das Angebot von Sprachkursen für ausländische Eltern und Kinder zur besseren Integration.

Nahversorgung und Nachbarschaftshilfe

Auch die Sicherung der Nahversorgung ist für das Zusammenleben von Alt und Jung wichtig, insbesondere für die Älteren. Hierfür kommen sowohl „Tante-Emma-Läden“ als auch das Internet oder mobile Dienste in Frage. Die Versorgung der Älteren könnte auch über ehrenamtliche Dienste geschehen. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlugen vor, die Versorgung mittels Nachbarschaftshilfe durchzuführen. Für die Organisation sollte auf bestehende Strukturen und Organisationen zurückgegriffen werden, da diese als Multiplikatoren funktionieren können. Anbieten würden sich hier Wohlfahrtsverbände, die Bürgerinnen und Bürger gut erreichen. Die Umsetzung sollte ab sofort beginnen, damit die Strukturen sich möglichst bald etablieren können und zu einem Selbstläufer entwickeln. Die Nachbarschaftshilfe könnte auch als Tauschring organisiert werden. Durch den Austausch von Dienstleistungen erleben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass ihre Arbeit und Hilfe etwas wert ist.

Kinderbetreuung

Die Kinderbetreuung soll gesichert werden, indem in den Betrieben Kinderbetreuung angeboten wird und die Kommunen kostenlose Kinderbetreuung anbieten. Die Kinderbetreuung im Betrieb sollte dabei vom Arbeitge-

ber organisiert werden, während die Arbeitnehmer finanziell dafür aufkommen. Die kostenlose Kinderbetreuung wird kommunal finanziert.

Mobilität

Um neue ÖPNV-Angebote entwickeln zu können und den Verkehr umweltgerechter zu gestalten, sollte nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer so schnell wie möglich untersucht werden wie das Verkehrsverhalten in der Region überhaupt aussieht. Die Bedürfnisse von heute sollen ermittelt werden und Prognosen für morgen bzw. 2030 erstellt werden. Dies sollte durch die öffentliche Hand, wissenschaftliche Institute und Büros geschehen. Im Rahmen des Forschungsfeldes „Mobilitäts-Stadt-Region 2030“ sind erste Untersuchungen dieser Art bereits durchgeführt worden, die nun in der Region bekannt gemacht und in die Umsetzung des Projekts STADT+UM+LAND 2030 einfließen müssen.

Die ÖPNV-Angebote sollen an die Bedürfnisse angepasst werden, indem die Größen der Transportmittel angeglichen werden und es einfache und einprägsame Verbindungen gibt.

Für alle Verkehrsträger soll es neue Konzepte geben, bei denen der öffentliche Verkehr sowie Rad- und Fußverkehr Vorrang haben. Für den Radverkehr soll das Wegenetz erneuert und erweitert werden und die Verknüpfungspunkte mit dem ÖPNV verbessert werden. Z.B. sollte es mehr Bike&Ride-Möglichkeiten geben und das Fahrrad in der Bahn mitgenommen werden können. Auch beim Fußwegenetz sollte auf Übergangsmöglichkeiten zu anderen Systemen geachtet werden. Zuständig für diese Verbesserungen der Struktur ist nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die öffentliche Hand. Für die Umsetzung, die so schnell wie möglich geschehen sollte, sind die ÖPNV-Träger und die Kommunen verantwortlich.

Ehrenamt in der Region

Das Ehrenamt soll nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestärkt werden, indem es Anerkennung durch die Öffentlichkeit und vor allen Dingen durch die Kommunen erfährt. Ein positives Beispiel hierfür ist der Salzgitterbrief, durch den engagierte Jugendliche ausgezeichnet werden. Weitere Möglichkeiten sind z.B. Feste für Ehrenamtliche durchzuführen, sie öffentlich zu ehren und ihre Projekte stärker an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch Aufwandsentschädigungen sind hier ein wichtiger Beitrag zur Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass die Stadt Verwaltungstätigkeiten für ehrenamtliche Projekte übernimmt.

Die Stärken der Bürger sollten nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Ehrenamt gefördert werden. Hemmschwellen müssen abgebaut und es muss deutlich gezeigt werden, dass jeder helfen kann, und es nicht auf bestimmte Qualifikationen ankommt. Die Teilnehmenden meinen, dass die Kommunen Möglichkeiten aufzeigen sollten, wo man als Bürger mitarbeiten kann. Die Bürgerinnen und Bürger sollten bei öffentlichen Abläufen beteiligt bzw. integriert und in öffentliche Entscheidungen eingebunden werden. Wichtig ist dabei, dass dies keine Alibifunktion hat, sondern die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden. So kommt es zur Identifikation von Bürgerinnen und Bürgern mit ihrer Kommune.

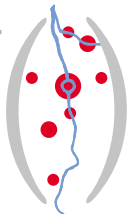
Zwischen Politik und Verwaltung muss stärker kommuniziert werden, um Bürgerinnen und Bürger konsequent einzubeziehen. Auch Ratsmitglieder sollten sich aktiv für Bürgerengagement einsetzen. Die Kommunen und Verbände sollen Bürgerstiftungen initiieren.

Eine weitere Idee ist Bürgerforen als festen Bestandteil von Planungs- und Entscheidungsgremien einzurichten. Fachkundige Bürger sollten verstärkt in Ausschüsse eingebunden werden.

Um das Ehrenamt auf regionaler Ebene zu intensivieren schlagen die Teilnehmenden vor, eine regionale Agentur für ehrenamtliches Engagement einzurichten, so dass das Ehrenamt seinen Weg über „Dorfgrenzen“ hinaus findet. Bei den Verwaltungen könnte es hierfür eine Liste mit Ansprechpartnern geben.

Umgesetzt werden sollten diese Maßnahmen sofort, damit das Ehrenamt in der Region möglichst bald einen höheren Stellenwert erhält.

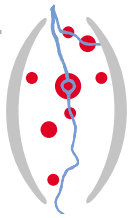




Arbeitsergebnisse der Kleingruppen im Workshop „Jung und Alt - aktiv und mobil“

Was?	Wie genau?	Wer?/ Mit wem?	Bis wann?
<ul style="list-style-type: none"> • Intergenerative Projekte • Innovative Wohnprojekte, z.B. Mehrgenerationen-Wohnen und Altersgerechtes Wohnen • Soziale Mischung im Viertel 	<ul style="list-style-type: none"> • Bedürfnisgerecht (Architektur) (Altersstruktur) • Öffentliche Förderung/Steuerung • BürgerInnenengagement • Moderation, Begleitung • Unterschiedliche Miet- und Kaufniveaus (soziale Durchmischung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsbauunternehmen zusammen mit Kommunen und Kreisen • Pilotprojekte durch Kommunen initiiert und finanziert • Staatliche Rahmenbedingungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Konzepte bestehen, Umsetzung ab sofort
<ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsgerechte Grundrisse, bedarfsgerechtes Wohnumfeld 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinbedarfsflächenanteil (Dorfplatz) erhöhen 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommune • Investoren • Planer/ Bauherren • Baugemeinschaften 	
<ul style="list-style-type: none"> • Alternative Wohnformen nicht nur für Familien/Senioren 			
<ul style="list-style-type: none"> • Angebot von Sprachkursen für Eltern und Kinder 			
<ul style="list-style-type: none"> • Kinderbetreuung 	<ul style="list-style-type: none"> • Kindergarten /-betreuung im Betrieb/im Haus • kostenlose Kinderbetreuung 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitgeber (organisatorisch) und Arbeitnehmer (finanziell) • kommunal finanziert 	
<ul style="list-style-type: none"> • Nahversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> • Tante Emma und Internet • Ehrenamtliche Dienste • Mobile Dienste 		
	<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierte hochwertige Beratung fürs Studium • Aufnahmetests fürs Studium • Finanzierung über kostenpflichtige Hochschulausbildung 		

Was?	Wie genau?	Wer?/ Mit wem?	Bis wann?
<ul style="list-style-type: none"> • Versorgung 	<ul style="list-style-type: none"> • Tauschring • Strukturen, die funktionieren, als Initiatoren • Gefahren: Schwarzarbeit, Bürokratie, Rechtssicherheit, Haftung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohlfahrtsverbände, Jugendhilfe, Bürger => kommunale Netzwerke 	<ul style="list-style-type: none"> • Ab sofort (Etablierung, Anpassung fortlaufend)
<ul style="list-style-type: none"> • Nachbarschaftshilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichkeitsarbeit Suchender <-> Anbietender Vermittlung • Die Kommunen/ Verbände sollen Bürgerstiftungen in den Regionen initiieren • Kostenneutrale Bürgerstiftungen gründen • Selbstläufer „Meine Arbeit/ Hilfe ist was wert“ • Arbeit/Hilfe wird gewürdigt 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunen und Verbände • Bürger und Firmen („Engagement ist cool“) 	
<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschaftliche und regionale Jugendförderung 			
<ul style="list-style-type: none"> • Kulturförderung insbesondere für Kinder 			
<ul style="list-style-type: none"> • Wie sieht das Verkehrsverhalten aus (besondere Gegebenheiten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhebungen -> Analyse, Defizite • Prognose 2030 	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Hand • Institute • Büros 	<ul style="list-style-type: none"> • So schnell wie möglich
<ul style="list-style-type: none"> • Neue ÖPNV-Angebote, z.B. Bürger-Bus 	<ul style="list-style-type: none"> • Differenzierte wirtschaftliche Bedienungsangebote im ländlichen Raum • Transportgefäße (Nutzeraffine) • Einfache, zuverlässige, einprägsame Verbindungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreiber, ZGB, Kommunen und Bürgergruppen 	<ul style="list-style-type: none"> • So schnell wie möglich
<ul style="list-style-type: none"> • Radverkehr (Förderung), Modal Split 30% 	<ul style="list-style-type: none"> • Netzgestaltung Lückenschlüsse • Erhaltung • Radwege zu allen Schienenhalten 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreiber, ZGB, Kommunen und Bürgergruppen 	<ul style="list-style-type: none"> • So schnell wie möglich



Was?	Wie genau?	Wer?/ Mit wem?	Bis wann?
<ul style="list-style-type: none"> • Fußwegenetz 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausreichende Breiten, kein Zuparken • Kurze Wege zu ÖPNV-Haltepunkten 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreiber, ZGB, Kommunen und Bürgergruppen 	<ul style="list-style-type: none"> • So schnell wie möglich
<ul style="list-style-type: none"> • Verknüpfung der Verkehrsarten, z.B. Park&Ride und Bike&Ride 	<ul style="list-style-type: none"> • Fahrradabstellung an allen Schienenhaltungen • Beachten der Belange mobilitätseingeschränkter Personen • Verknüpfungspunkte neuen Typs 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreiber, ZGB, Kommunen und Bürgergruppen 	<ul style="list-style-type: none"> • So schnell wie möglich
<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung für engagierte Bürger, z.B. Öffentlichkeit für Projekte, finanzielle und organisatorische Unterstützung 	<ul style="list-style-type: none"> • „Salzgitterbrief“ engagierte Jugendliche werden hervorgehoben • Übernahme von Verwaltungstätigkeit -> Stadt • „Öffentlichkeit“ herstellen • Keine „Scheinfunktion“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Kontakt mit Vertretern von Verwaltung -> Bürgermeister etc. • Ansprache politischer Parteien -> Ratsmitglieder etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • Sofort
<ul style="list-style-type: none"> • Regionale Agentur für ehrenamtliches Engagement 	<ul style="list-style-type: none"> • Liste der Ansprechpartner bei Verwaltung • Kosten sollen übernommen werden -> Aufwandsentschädigung • Private „Stärken“ nutzen und annehmen • „Fest“ für Ehrenamtliche • Gefragt auch ohne „Qualifikation“ • Keine Eifersucht • Ehrenamt über Dorfgrenzen 		<ul style="list-style-type: none"> • Sofort
<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerforen, z.B. als fester Bestandteil von Planungs- und Entscheidungsgremien 	<ul style="list-style-type: none"> • Rechenschaft ablegen • Für und Wider diskutieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachkundige Bürger in Ausschüsse • Ingenieurbüro für Abwicklung • Gefragt sind alle von „oben“ nach „unten“ und umgekehrt 	<ul style="list-style-type: none"> • Sofort
<p>Keine <u>Verlierer</u> > in der Bilanz gewinnen alle</p>			

Workshop „Raum und Struktur - haushalten und entwickeln“

Impulsreferat Kooperationsvertrag zwischen der Stadt und dem Landkreis Goslar Frau Jahn-Fiedler (Stadt Goslar)



Der Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis und der Stadt Goslar verfolgt einen weit reichenden Ansatz. Beide Partner streben eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit an, die zur Verbesserung der Bürgerorientierung und der Dienstleistungsqualität sowie zu Kosteneinsparungen führen soll. Die Kooperation besteht auf formeller Ebene seit Anfang 2003 und erstreckt sich zunächst auf die Organisation des Versicherungssamtes und der Schülerbeförderung sowie den Bereich gemeinsamer Ausschreibungen bzw. Beschaffungsmaßnahmen. In Vorbereitung ist die Kooperation in den Bereichen Verkehr bzw. Fahrlehrerwesen, die Organisation gemeinsamer Bürgerbüros und Ausländerbehörden sowie die Abstimmung einer Mischfinanzierung. Die Zusammenarbeit führt zu Kosteneinsparungen und einer erhöhten Orientierung an den Bürgerinnen und Bürgern. Modellcharakter weist diese Kooperation in Umfang und Intensität der Zusammenarbeit zwischen der Kommune und dem Landkreis auf. Die „Strahlkraft“ der Zusammenarbeit weist bereits über die Kreisgrenze hinaus, so dass die Anfragen nach Koordination und Umsetzung einzelner Kooperationsfelder, wie die genannten Bürgerbüros, Behörden etc., anderer Kommunen und Landkreise zunehmen.



Impulsreferat Interaktiver Land- schaftsplan Königs- lutter Frau Meiforth (Stadt Königslutter)



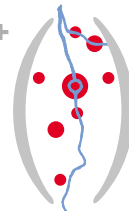
Die Stadt Königslutter bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern seit 2002 die Möglichkeit, sich aktiv in den Aufstellungsprozess des Interaktiven Landschaftsplans einzubringen.² Das Internet dient hierzu als Informationsplattform sowohl für die Inhalte und Ansprüche an den Landschaftsplan als Instrument, als auch zur Information über das Verfahren und die Beteiligungsmöglichkeiten. Ihre Vorstellungen, Ideen und Wünsche können die Bürgerinnen und Bürger in speziellen Bürgerversammlungen, Arbeitsgruppen und Diskussionsforen einbringen. In beiden Formen spielt der Anspruch der Bürgerzufriedenheit eine ebenso große Rolle wie die Hoffnung „neue“, vom traditionellen Verfahren losgelöste Handlungsansätze und Sichtweisen in den Aufstellungsprozess einfließen zu lassen.

Ergebnisse des Workshops „Raum und Struktur - haushalten und entwickeln“

Die folgenden Maßnahmen wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops „Raum und Struktur - haushalten und entwickeln“ in Bezug auf das weitere Vorgehen diskutiert. Die an Stellwänden dokumentierten Diskussionsergebnisse des Workshops sind in den Abbildungen auf Seite 17 und 18 dargestellt.

Interkommunale Kooperation

Interkommunale Kooperation soll nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops „Raum und Struktur - haushalten und entwickeln“ vor allem im Bereich der Stadt- und Gemeindeentwicklungsplanung, Flächennutzungsplanung und der Verwaltung stattfinden. Die Kooperationen sollen projekt- und problembezogen stattfinden. Weiche Kooperationen, durch die Vertrauen aufgebaut werden kann, sind



den harten Kooperationen, also dem Zwang zur Kooperation, vorzuziehen. Win-Win-Situationen werden vermutlich vor allem bilateral zu finden sein. Die interkommunale Kooperation betrifft vor allem Politik und Verwaltung. Bei interkommunalen Konflikten sollte der ZGB vermitteln bzw. moderieren. Ein horizontaler Finanzausgleich in der Region ist wünschenswert. Der Regionalplanung messen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine hohe Bedeutung für die übergreifende Planung bei.



Bestandsumbau und Bestandsrückbau

Den Bestandsumbau und den Bestandsrückbau erachten die Teilnehmenden als Bereiche, die in Zukunft sehr bedeutsam sein werden. Deswegen müssen die Kommunen sich mit ihnen beschäftigen. Um herauszufinden wie mit diesen Themen umgegangen werden kann, sollten Pilotprojekte durchgeführt werden. Für den ländlichen Raum stellt sich die Samtgemeinde Hankensbüttel hierfür zur Verfügung.

Regionale Netze für den nicht-motorisierten Verkehr

Um ein regionales Netz für den nicht-motorisierten Verkehr zu schaffen, muss dieses zunächst einmal geplant werden. Hierfür sollte zunächst überlegt werden, welche Wege regional bedeutsam sind. Im weiteren Verlauf müssen Karten erstellt, die Wege beschildert und die Finanzierung geklärt werden. Eine Prioritätensetzung muss erfolgen. Nach den Vorstellungen der Teilnehmenden sollte als erste Stufe ein vorläufiges Netz auf vorhandenen Trassen geschaffen werden, für die der Ausbaubedarf geklärt wird. Wenn dieses Netz mit Karten und Beschilderung vorhanden ist, wird dann in einer zweiten Stufe ein optimiertes Netz geplant. Auch hierfür soll zunächst der Aus- und Neubaubedarf geklärt werden, bevor die Beschilderung und die Erstellung von Karten erfolgen können. Zuschüsse werden nach Prioritäten beantragt. Das regionale Rad- und Fußwegenetz soll nach Auf-

fassung der Beteiligten gemeinsam vom ZGB und den Kommunen geplant und umgesetzt werden. Es sollte als Projekt gehandhabt und an ein Büro vergeben werden. Die genaue Trägerschaft muss noch geklärt werden. In die Umsetzung sollte auch die Tourismusbranche mit eingebunden werden, da auch diese ein Interesse an einem gut ausgebauten regionalen Rad- und Fußwegenetz hat. Als Zeitplan stellen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor, die Planung für das Netz bis Ende 2004 zu beenden und ab 2005 dann die Umsetzung voranzutreiben.

Beteiligung über das Internet

Bei dem Thema Bürgerbeteiligung über das Internet ging es den Teilnehmenden nicht nur um die reine Planungsbeteiligung, sondern darum, ein regionales Portal zu schaffen, dass z.B. auch die Gemeinden nutzen können. Die Beteiligung war jedoch dennoch wichtiges Thema und es wurde vorgeschlagen, zusammen mit der FH Wolfenbüttel eine Initiative zur Internetbeteiligung ins Leben zu rufen. Die Teilnehmenden halten ein gemeinsames flächendeckendes System der Region für die Auftritte der Kommunen für sehr wichtig. Dies könnte durch den ZGB eingeführt werden. Dadurch könnte auch das e-government in der Region implementiert werden. Eine Initiative hierzu ins Leben zu rufen – durch ZGB, Kommunen und Wissenschaft – sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als kurzfristiges Ziel an, während mittel- und langfristige die Umsetzung ins Auge gefasst werden sollte. Hierzu soll dann gehören gemeinsame Kapazitäten zu schaffen, einen Arbeitskreis "E-government" ins Leben zu rufen und ein Internetportal für die gesamte Region zu schaffen.

Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der kommunalen Planung

Auch für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der kommunalen Planung sehen die Teilnehmenden große Chancen durch das Internet. Es sollten hierbei Projekte mit direkter Bürgerrelevanz ausgesucht werden. Die Interaktivität ist bei solchen Internetangeboten sehr wichtig. Es gibt die Möglichkeit geschlossene oder offene Internetforen anzubieten, d.h. es können entweder nur bestimmte Gruppen ihre Meinung äußern oder wirklich alle Bürgerinnen und Bürger. Letztendlich wird von den Teilnehmenden ein Internetforum wie eine klassische Beteiligung angesehen. Deswegen sollten die Kommunen keine Berührungsängste haben. Es muss allerdings beachtet werden, dass im Internet die Gefahr der Manipulation gegeben ist.

Einbindung der Landwirte in die Landschaftspflege

Die Landwirte sollen nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer derart in die Landschaftspflege mit eingebunden werden, dass bei der Planung eine frühzeitige Kommunikation vonseiten der Kommunen und Landkreise mit den Landwirten stattfindet und dass den Landwirten für die Landschaftspflege eine Mindesthonorierung als Anreiz geboten wird.

Produktion von nachwachsenden Rohstoffen

Die Landwirtschaft kann Raps für Biodiesel, Öllein für die Farbenindustrie und Pflanzen, deren Fasern für Heizzwecke verwendet werden können, anbauen.

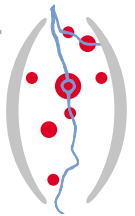
Produkte aus ökologischem Anbau

Um Produkte aus ökologischem Anbau in der Region zu fördern, schlagen die Teilnehmenden zum einen vor, die Bevölkerung über die regionalen Produkte aufzuklären. Zum anderen sollte ein regionales Vermarktungskonzept entwickelt werden, indem der Bedarf an ökologisch angebauten Produkten bei der Bevölkerung festgestellt wird. Daneben sollte überprüft werden, ob es Defizite in der Region gibt und ob die regionale Produktion auf diese Produkte umgestellt werden kann. Abnehmer der regionalen Produkte könnten vor allem Institutionen wie Hotels, Krankenhäuser oder Altersheime sein, aber auch Supermärkte und private Verbraucher.

Regionales Marketing

Zum Bereich Regionales Marketing wurde betont, dass die regionale Wirtschaft das regionale Marketing als wichtig erachtet und die Großunternehmen sich als wichtige Akteure für die Region sehen. Es sollte ein „Image“ der Region geschaffen und auch bekannt gemacht werden.

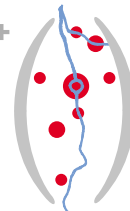




Arbeitsergebnisse der Kleingruppen im Workshop „Raum und Struktur - haushalten und entwickeln“

Was?	Wie genau?	Wer?/ Mit wem?	Bis wann?
<ul style="list-style-type: none"> • Interkommunale Kooperation bei der Flächennutzungsplanung • Interkommunale Verwaltungskooperation 	<ul style="list-style-type: none"> • Projektbezogen, problembezogen • Interkommunale Stadt-/Gemeindeentwicklungsplanung • „Weiche“ Kooperation vor „harten“ Kooperationen • Horizontaler Finanzausgleich in der Region 	<ul style="list-style-type: none"> • „Win-win-Situation“ v.a. bilateral • Verwaltung und Politik • Moderation Vermittlung z.B. durch ZGB bei interkommunalen Konflikten 	<ul style="list-style-type: none"> • Laufend
<ul style="list-style-type: none"> • Bestandsumbau und Bestandsrückbau 	<ul style="list-style-type: none"> • Pilotprojekt für den ländlichen Raum in der Samtgemeinde Hankensbüttel 		
<ul style="list-style-type: none"> • Regionale Netze für den nicht-motorisierten Verkehr (Rad- und Wanderwege) 	<p>Erfassung und Planung eines regionalen Netzes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbaubedarf • Neubaubedarf (Lückenschließung) • Beschilderung und Karten (und Internet) <p>Umsetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prioritäten setzen [A] • Vorläufiges Netz auf vorhandenen Trassen • Ausbaubedarf klären • Beschilderung und Karten • -> Finanzierung klären [B] • Optimiertes Netz planen • Neu-/Ausbaubedarf klären • Beschilderung und Karten (und Internet) • -> Finanzierung klären <ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse (z.B. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) für regionales nach Prioritäten beantragen! • Durchschlagskraft durch <u>Abstimmung!</u> • <u>Unterhaltung</u> organisieren -> Träger? 	<ul style="list-style-type: none"> • Tourismus einbinden • ZGB + Kommunen = PROJEKT ->Vergabe (Büro) • Eigentümerabstimmung <p><u>Finanzen/Zuschüsse</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Antragsteller? • Welcher Zuschusstopf? • [A] 1 Antragsteller (ZGB?) • [B] Prioritätenliste -> Jahresplan -> Antragskoordinierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Planungsphase bis Ende 2004 • Umsetzung ab 2005

Was?	Wie genau?	Wer?/ Mit wem?	Bis wann?
<ul style="list-style-type: none"> • Internet für Bürgerbeteiligung in der Stadt- und Regionalentwicklung, z.B. durch interaktive Landschaftsplanung 	<ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckendes System ZGB • Gemeinden können Portal nutzen • Z.B. www.region-braunschweig.de, regionales Portal • Voraussetzung schaffen • Strukturierung der Außendarstellung übers Internet • Zentrale Impulsgebung von e-government in der Region • Einheitliche Software • Gemeinsame Kapazitäten schaffen • Arbeitskreis e-government in der Region 	<ul style="list-style-type: none"> • ZGB und Kommunen und Wissenschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Initiative kurzfristig • Umsetzung mittelfristig
<ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung der Bürger bei der Planung 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerbeteiligung oder Meinungsbild der Bürger • Projekte mit direkter Bürgerrelevanz • Plan-Entwurf ins Internet • Offene/geschlossene Diskussionsforen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wertung durch Rat und Verwaltung 	
<ul style="list-style-type: none"> • Einbindung der Landwirte in die Landschaftspflege 	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtzeitige Kommunikation bei der Planung mit den Landwirten • <u>Mindesthonorierung</u> als Anreiz 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunen, Landkreise und Landwirte 	
<ul style="list-style-type: none"> • Produkte aus ökologischem Anbau • Regionales Vermarktungskonzept entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung der Bevölkerung über regionale Produkte • Bedarf bei der Bevölkerung feststellen • Defizite in der Produktion? • Produktion auf Defizite umstellen • Regionale Verarbeitung und Verkauf 	<ul style="list-style-type: none"> • Institutionen z.B. Hotels/ Gastgewerbe, Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten • Private Verbraucher • Supermärkte 	
<ul style="list-style-type: none"> • Nachwachsende Rohstoffe 	<ul style="list-style-type: none"> • Raps zu Biodiesel • Öllein/Farbenindustrie • Fasern zu Heizzwecken 		
<ul style="list-style-type: none"> • Regionales Marketing 			



Workshop „Zukunft durch Wissen - erfahren und innovativ“

Impulsreferat Regionale Verbund- ausbildung Herr Helsinger (PPS)



Die Personal-, Produktions- und Servicegesellschaft mbH (PPS) ist ein Dienstleistungsanbieter der Salzgitter AG, der neben sieben anderen Servicebereichen (unter anderem in den Bereichen Arbeitsmedizin und -sicherheit, Veranstaltungsmanagement, Sicherheitsdienst) auch einen Bildungssektor umfasst. Dieser bietet neben verschiedenen Weiterbildungsmöglichkeiten auch eine regionale Verbundausbildung an. In den Bereichen Metalltechnik, Elektrotechnik, IT und kaufmännische Verwaltung können regionale Betriebe und Unternehmen eine Voll- bzw. Teilverbundausbildung mit der PPS vereinbaren, d.h. die PPS übernimmt die kompletten, auf den jeweiligen Bedarf des Unternehmens abgestimmten Ausbildungsabschnitte. Dadurch ermöglicht sie Betrieben und Unternehmen der Region, gezielt entsprechend ihres Bedarfs auf hohem qualitativem Niveau auszubilden, auch wenn die betrieblichen Möglichkeiten keine selbstständige Ausbildung ermöglichen. Die insgesamt rund 600 Auszubildenden der PPS stammen vorwiegend aus dem eigenen Hause (der PPS sowie der Salzgitter Stahl GmbH), ca. 20-30 Auszubildende kommen von 15 bis 20 externen Firmen durch das Ausbildungsangebot hinzu. Der räumliche Schwerpunkt der unternehmensübergreifenden Ausbildung liegt im westlichen Teil der Region Braunschweig, im Dreieck zwischen Wernigerode, Peine und Braunschweig.

**Impulsreferat
Von der Region lernen – In der Region lernen –
Eine lernende Region (VIEL) Frau Oesten (reson)**
Mit dem Projekt „Von der Region lernen – In der Region lernen – Eine lernende Region“ (VIEL) beteiligt sich die Region Braunschweig auf Initiative von reson (Regionale Entwicklungsagentur Südostniedersachsen) an dem

vom BMBF und der EU geförderten Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“. Mit VIEL soll die Lernkultur verbessert werden. Ziel ist, bedarfsgerechte Angebote für selbstverantwortlich lernende Bürgerinnen und Bürger sowie für Betriebe, Verwaltungen, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen als lernende Organisationen zur Verfügung zu stellen. Seit Mitte 2002 befindet sich VIEL in einer vierjährigen Umsetzungsphase, in der fünf Vorhaben die Zusammenarbeit innerhalb von VIEL prägen:

Jährlich werden *regionale Bildungskonferenzen* von reson vorbereitet und durchgeführt. Zu den Inhalten zählen die Bildung in der lernenden Organisation, die Entwicklung der Lernkultur und die Bildung regionaler Profile in Forschung und Technik.

Die *Arbeitsstelle für selbstgesteuertes Lernen* befindet sich noch im Aufbau. Sie entwickelt Ansätze zur Unterstützung eigenverantwortlichen Lernens in der Region und soll zur Entwicklung neuer Lernkonzepte beitragen. Das *Intermediäre Management* basiert auf der Kooperation von Kommunen, Wirtschaft und Bürgerschaft. Intergenerative und interkulturelles Lernen bildet den Schwerpunkt dieses Teilvorhabens.

Das vierte Vorhaben, das *Weiterbildungsnetz Lernende Kleinere und Mittlere Unternehmen (KMU)* dient der Verbesserung der Weiterbildungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen, um die Akzeptanz und den Nutzungsgrad der Weiterbildung deutlich zu steigern und so dem zukünftigen Bedarf an Qualifikationen gerecht zu werden. Auch dieses Vorhaben befindet sich noch in der Aufbauphase.

Zur Vernetzung der Akteure in der Region dient der *VIEL-Server*. Er stellt die zentrale Datenbank für die verschiedenen Anwendungsanforderungen der Projekte dar.

Ergebnisse des Workshops „Zukunft durch Wissen - erfahren und innovativ“

Die folgenden Maßnahmen wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops „Zukunft durch Wissen - erfahren und innovativ“ in Bezug auf das weitere Vorgehen diskutiert. Die an Stellwänden dokumentierten Diskussionsergebnisse des Workshops sind in den Abbildungen auf Seite 21 und 22 dargestellt.

Regionales Qualifizierungsnetzwerk

Für ein regionales Qualifizierungsnetzwerk sollte nach Meinung der Teilnehmenden des Workshop „Zukunft durch Wissen - erfahren und innovativ“ bis Ende 2004 vorhandene Ansätze in der Region transparent gemacht



und ausgebaut werden. Hierfür ist auch die Kommunikation untereinander zu verbessern und die Akteure sollten vernetzt werden. Akteure sind hier vor allem die Bezirksregierung, VIEL, die IHK und die HWK. Eine Zertifizierung der Weiterbildung ist anzustreben.

Weiterbildung für Jedermann

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlagen vor, Weiterbildung privat durch ehrenamtliche Dienste anzubieten. Eine Idee ist, hierfür eine „Lern-Tausch-Börse“ einzurichten. Um dies umsetzen zu können, muss das Erwachsenenbildungsgesetz erweitert werden. Die Weiterbildung soll bezahlbar bleiben. Wichtige Akteure hierfür sind die Kommunen, die auch sofort handeln sollten.

Experten-Pool „Qualifizierung von Älteren“

Ein weiterer Vorschlag ist, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Arbeit freizustellen, damit sie andere qualifizieren können. Offen ließen die Teilnehmenden die Frage der Finanzierung. Als mögliche Financier wurden der Staat, die Unternehmen, ggf. Kommunen, Arbeitsämter oder Gewerkschaften genannt.

Wissenstransfer zwischen Alt und Jung

Der Wissenstransfer zwischen Alt und Jung sollte nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Qualifizierungsverbänden stattfinden. Daran teilnehmen darf und kann jeder, denn jeder ist Experte für etwas, so können z.B. die Älteren ihre Erfahrung einbringen und die Jüngeren ihre EDV-Kenntnisse. Offen blieb die Frage, wer dies fordert und fördert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehen hier vor allen Dingen die Kommunen, Gewerkschaften und Arbeitsämter als wichtige Akteure an. Als Zeitrahmen wird das Jahr 2010 angegeben. Bis dahin sollen die Qualifizierungsverbände geschaffen worden sein.

Qualifizierung aller

Die Qualifizierung aller, also von Ausländern und Deutschen wird als gesellschaftliche Aufgabe erachtet.

Alle sollten zur Verantwortung erzogen werden. Dies muss sowohl in der Familie als auch in der Vorschule und Schule geschehen.

Forschung und Entwicklung im Bereich nachwachsende Rohstoffe

Um die Forschung und Entwicklung im Bereich nachwachsender Rohstoffe in der Region zu stärken, sollten nach Auffassung der Beteiligten die Leitbilder wie z.B. die Dreifelderwirtschaft in das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) übernommen werden und Facharbeiter im Bereich nachwachsende Rohstoffe qualifiziert werden. Die Qualifizierung könnte durch ProQuadas (Prozess zur Qualitätsverbesserung des Dualen Systems) übernommen werden, das bereits heute Projekte wie „Oikos regional“ (s.u.) durchführt. Für die Übernahme der Ideen in das RROP müssten Schlüsselpersonen aus Landwirtschaft und Raumplanung gewonnen werden. Innovative Lernträger, die es bereits heute gibt sind z.B. die „Kinder-Uni Zukunftsenergien Salzgitter“ und „Oikos regional“, ein Stahl-Solar-Gewächshaus als Anschauungsobjekt für den Bereich Stahlbau und Elektronik.

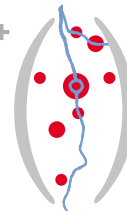


Eine weitere Maßnahme ist die Biomasse-Potenzial-Analyse, die durch das Energie-Kompetenz-Zentrum realisiert werden soll.

Als ein Ziel für 2030 wird formuliert, nachwachsende Rohstoffe als Verbund- und Verpackungsmaterial einzusetzen, so dass Müll kompostiert werden kann, statt verbrannt werden zu müssen. Ein Selbstverpflichtungsziel für die Region kann hier sein, dass mindestens 25 % des Mülls bis 2030 kompostiert wird. Kooperationspartner sollten verschiedene Akteure der Region sein wie z.B. VW oder die Kommunen.

Regionales Kommunikationszentrum zum „Know-how“-Austausch von Unternehmen

Für das regionale Kommunikationszentrum zum „Know-how“-Austausch von Unternehmen empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die regionale Zielbildung und die regionalen Cluster zu beachten. Als



Akteure für die Diskussion und den Anstoß zum Kommunikationszentrum sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Unternehmen sowie die Institute der TU und der FHs. Die Wolfsburg AG als positives Beispiel gibt es bereits, das Region-Braunschweig-Projekt läuft an und die restlichen Ziele sollten nach Ansicht der Teilnehmenden baldmöglichst angegangen werden.

könnte KomSIS 2030plus benannt werden. Die Initialzündung für KomSIS ging von der Universität Oldenburg aus. Für die Pflege und den Ausbau des regionalen Netzes sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ZGB, IHK und Regional-Marketing GmbH als geeignete Akteure. Das regionale KomSIS sollte möglichst bald beginnen.

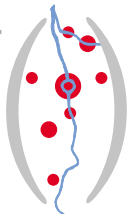
Regionales Gewerbestandortsystem im Internet

Das regionale Gewerbestandortsystem sollte ähnlich wie das Kommunale Standort-Informationssystem Niedersachsen (KomSIS) aufgezogen werden und

Arbeitsergebnisse der Kleingruppen im Workshop „Zukunft durch Wissen – erfahren und innovativ“

Was?	Wie genau?	Wer?/ Mit wem?	Bis wann?
<ul style="list-style-type: none"> Regionales Qualifizierungs-Netzwerk, z.B. zur Förderung von querschnittsorientierter Ausbildung und Verbund-Ausbildung sowie Weiterbildung Qualifikation mit Zertifizierung 	<ul style="list-style-type: none"> Vorhandenes ausbauen und transparent machen Datenbank, Internet, Kommunikationskonzept 	<ul style="list-style-type: none"> Bezirksregierung VIEL IHK HW 	<ul style="list-style-type: none"> Ende 2004
<ul style="list-style-type: none"> Weiterbildung für Jedermann, z.B. „Schule im Stadtteil“ 	<ul style="list-style-type: none"> Niedrigschwellig für privaten Bedarf auf ehrenamtlicher Grundlage Erwachsenenbildungsgesetz muss aufgestockt werden Bezahlbar bleiben 	<ul style="list-style-type: none"> Lern-Tausch-Börse Kommune 	<ul style="list-style-type: none"> Sofort
<ul style="list-style-type: none"> Experten-Pool „Qualifizierung von Älteren“ 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsgestaltung (Demographie) Freistellung älterer Arbeitnehmer für Qualifizierung anderer 	<ul style="list-style-type: none"> „Ältere“: 55+ Wer bezahlt? Unternehmer, Staat? 	
<ul style="list-style-type: none"> Wissenstransfer zwischen Alt und Jung (Temporäre Lern-tandems) im Beruf und im Privatleben 	<ul style="list-style-type: none"> Wo?: Qualifizierungsverbände Jung <-> Ältere Jede(r) ist Experte für etwas Z.B. EDV <-> Erfahrung 	<ul style="list-style-type: none"> Wer fördert und fordert dies?: Kammern, Gewerkschaften, Arbeitsämter 	<ul style="list-style-type: none"> 2010
<ul style="list-style-type: none"> „Qualifizierung von Ausländern“ und „Deutschen“ 	<ul style="list-style-type: none"> Gesellschaftliche Aufgabe: Verantwortungserziehung, „Familienerziehung“, Vorschule, Schule 		<ul style="list-style-type: none"> Gleich

Was?	Wie genau?	Wer?/ Mit wem?	Bis wann?
<ul style="list-style-type: none"> • Forschung und Entwicklung im Bereich nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung und als Basis für die Biotechnologie • Entwicklung neuer Antriebstechnologien und neuer Verkehrsmittel 	<ul style="list-style-type: none"> • Übernahme der Leitbilder [regionale Dreifelderwirtschaft] für das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) 	<ul style="list-style-type: none"> • Stakeholder der Landwirtschaft und Raumplanung 	<ul style="list-style-type: none"> • Sofort
<ul style="list-style-type: none"> • Kinder-Uni Zukunfts-Energien Salzgitter 		<ul style="list-style-type: none"> • www.kinder-uni.net 	
<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung „Nachwachsende Rohstoffe“ im Bereich Facharbeiter 		<ul style="list-style-type: none"> • Pro Quadas Initiative 	
<ul style="list-style-type: none"> • „Oikos regional“ Stahl-Solar-Gewächshaus 		<ul style="list-style-type: none"> • Pro Quadas • www.oikos-projekt.de 	
<ul style="list-style-type: none"> • PPS Wolfenbüttel und Peine 		<ul style="list-style-type: none"> > Regional 	
<ul style="list-style-type: none"> • Biomasse-Potenzialanalyse 		<ul style="list-style-type: none"> • Energie-Kompetenz-Zentrum 	
<ul style="list-style-type: none"> • Nachwachsende Rohstoffe auch als Verbund- und Verpackungsmaterial zur Abfallvermeidung und Recycling von Abfall: Kompostierung statt Verbrennung 	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstverpflichtungsziele z.B. mindestens 25% des Mülls wird 2030 kompostiert 	<ul style="list-style-type: none"> • Verschiedene Kooperationspartner, VW, Kommunen u.a. 	<ul style="list-style-type: none"> • 2030
<ul style="list-style-type: none"> • Regionales Kommunikationszentrum zum „Know-how“-Austausch von Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Orientiert an Clustern regionale Zielbildung 	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen und TU-/ FH- Institute 	<ul style="list-style-type: none"> • Wolfsburg-AG läuft • Braunschweig Region-Projekt beginnt • Übriges: bald
<ul style="list-style-type: none"> • Regionales Gewerbestandortsystem im Internet 	<ul style="list-style-type: none"> • a) Siehe Kommunales Standort-Informationssystem Niedersachsen (KomSIS) • b) KomSIS 2030plus 	<ul style="list-style-type: none"> • a) Initialzündung: Uni Oldenburg • b) Pflege und Ausbau: z.B. ZGB, IHK'n, Regional Marketing GmbH 	<ul style="list-style-type: none"> a) Läuft b) Bald



Ausblick

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte stadt-regionale Forschungsprojekt STADT+UM+LAND 2030 ist formal am 30.09.2003 abgeschlossen worden. Der breite Untersuchungsansatz, die vielen beteiligten Akteure und der umfassende Forschungsansatz haben insgesamt ganze Kataloge von Anregungen, Forderungen, Strategien bis hin zu konkreten Projektvorschlägen erbracht, die es jetzt in einem nächsten Arbeitsschritt zu sichten und zu bewerten gilt.

So ist der Zweckverband Großraum Braunschweig als Initiator des stadt-regionalen Forschungsprojektes dabei, das Regionale Raumordnungsprogramm neu aufzustellen. Angesichts des demographischen Wandels sind sowohl die Ziele der Beschreibenden Darstellung wie auch der Zeichnerischen Darstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms zu hinterfragen bzw. soweit zu konkretisieren wie es die Forschungsergebnisse inhaltlich erlauben. Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden gleichermaßen verkehrliche wie siedlungsstrukturelle oder naturschutzfachliche Fragestellungen abgearbeitet, sofern sie denn raumwirksam sind.

Darüber hinaus hat nach § 13 des Raumordnungsgesetzes des Bundes der Träger der Regionalplanung auf die Umsetzung der Ziele der Raumordnung hinzuwirken, d. h. er hat einen gesetzlichen Initiativauftrag, erkennbare Entwicklungstrends im Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung aufzugreifen und im Rahmen raumordnerischer Zielsetzungen dazu beizutragen, dass diese auch umgesetzt werden.

Dies geschieht in vielfältiger Hinsicht, im Regelfall durch Bildung von Arbeitskreisen, Initiativgruppen oder Durchführung von Fachforen oder der gezielten Ansprache regionaler Akteure. Kooperation und regionale Moderation sind hierbei die wichtigsten methodischen Ansätze, zur Umsetzung der Ziele der Raumordnung beizutragen.

Aktuelle Themenfelder sind hier:

- die Digitalisierung gemeindlicher Flächennutzungspläne, die dazu dient, das Planungsgeschehen in der Region insgesamt transparent und nachvollziehbar zu gestalten,
- die Erarbeitung eines regionalen alltagstauglichen Radwegenetzes, in das die in den Workshops erarbeiteten Vorschläge einfließen,
- die Moderation eines regionalen Agenda 21-Prozesses zur Förderung einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung,
- die Initiative zur Entwicklung eines großräumigen Freiraumentwicklungskonzeptes, das sowohl den siedlungsstrukturellen als auch den naturschutzfachlichen Anforderungen der räumlichen Entwicklung bis hin zur Gestaltung und Pflege des Landschaftsbildes gerecht wird sowie
- die Beteiligung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig an der neuen „Regional-Marketing GmbH“, in der der Zweckverband Großraum Braunschweig die kommunalen Anteile bündelt als Beitrag zu wichtigen identitätsstiftenden Maßnahmen.

Andere Akteure wie die regionale Entwicklungsagentur für Südostniedersachsen - reson -, die sich z.Z. sehr intensiv mit der lernenden Region und damit mit der Frage des lebenslangen Lernens und der ständigen Qualifikation als Voraussetzung für ein langes und erfolgreiches Berufsleben gerade unter der Bedingung des altersstrukturellen Wandels befasst, sind ein ganz wesentlicher Faktor zur Sicherung einer positiven Stadt- und Regionalentwicklung.

Was die Arbeitsmarktentwicklung betrifft, sind Akteure wie die Wolfsburg AG oder das Region Braunschweig Projekt, das von Wirtschaft, Kommunen und dem Land Niedersachsen getragen wird, von außerordentlicher Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Region. Im kulturellen Bereich steht die Braunschweigische Landschaft e.V. als weiterer regionaler Akteur zur Verfügung sowie die regionalen Tourismusverbände, die insgesamt im Großraum Braunschweig eine funktionierende Kooperationskultur entwickelt haben.

Auf dem Verkehrssektor, insbesondere was den öffentlichen Personennahverkehr betrifft, ist der Zweckverband Großraum Braunschweig als Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr auf Straße und Schiene selbst Initiator und Akteur zur Verbesserung des Angebots in der Region und wird sich auch für die Umsetzung der im Zukunftsdialog formulierten Ziele nach Kräften einsetzen. Der zweite Nahverkehrsplan des

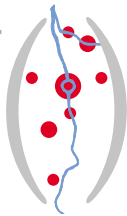
Zweckverbandes Großraum Braunschweig befindet sich gerade in der Umsetzung, der Tarifverbund - letztlich vom Zweckverband initiiert - feierte seinen 5. Geburtstag. Qualitätsverbesserungen, Taktverbesserungen, Fahrplanverbesserungen, stärkere Abstimmung mit den unterschiedlichen Verkehrsträgern sowie eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit sind Haupttätigkeitsfelder im Sektor umweltgerechte Mobilitätsbewältigung.

Zu diesen institutionalisierten Akteuren kommen noch die Beteiligten aus dem Stadt-Regionalen Dialog, aus dem Expertendialog und dem Bürgerdialog hinzu, die alle ihre weitere Mitwirkungsbereitschaft insbesondere an der Diskussion um die Umsetzung der formulierten Leitbilder signalisiert haben. Gerade diese „informellen“ Akteure und deren Arbeitsergebnisse haben ganz maßgeblich zu deren Akzeptanz im politischen Raum beigetragen. Also gilt es, dieses Potenzial weiter zu beteiligen, zu hören und in die Entwicklungsprozesse einzubeziehen.

Somit kann aus heutiger Sicht festgestellt werden, dass sowohl der Zweckverband Großraum Braunschweig mit seiner raumordnerischen und verkehrlichen Kompetenz, die regionale Entwicklungsagentur Südostniedersachsen, die Braunschweigische Landschaft als wichtiger Kulturträger, die regionalen Tourismusverbände und die arbeitsmarktfördernden Kooperationen von Wirtschaft, Kommunen und Land insgesamt die Stadt- und Regionalentwicklung auch unter den langfristigen Gesichtspunkten unterstützen und voranbringen wollen. Sie finden dabei die Unterstützung einer interessierten Öffentlichkeit.



Somit ist die Region sehr gut aufgestellt und das Stadt-Regionale Forschungsprojekt STADT+UM+LAND 2030 hat zusätzliche Aktionsfelder eröffnet, weitere Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt und Leitbilder formuliert, zu deren Erreichung oder Umsetzung die vorgenannten Akteure bereits heute durch ihr unmittelbares Handeln und Agieren beitragen.



Presse

Zukunftswettbewerb 2030 wird fortgesetzt

Ministerium legt zweite Phase auf – Region Braunschweig mit Chancen, erneut dabei zu sein

Von Henning Noske

BRAUNSCHWEIG. Noch am Mittwoch war Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) einer Auskunft über die Fortsetzung des Bundeswettbewerbes „Stadt 2030“ ausgewichen. Doch gestern verkündete Helge Engelhard aus ihrem Ministerium doch noch, was die Teilnehmer des Abschlusskongresses in der Braunschweiger Stadthalle gern hörten: „Wir wollen weitermachen.“

Immerhin ist es das größte Stadtforschungsprojekt der Nachkriegsgeschichte, das jetzt fortgesetzt werden soll. In 21 Städten und Regionen, darunter der Großraum Braunschweig, wurde untersucht, wie der erwartete Strukturwandel bis 2030 bewältigt werden kann. Die Bevölkerung nimmt ab, wird älter. Wichtige Funktionen werden durch Zu-

wanderung aufrecht erhalten. Diese Menschen müssen integriert werden. Arbeit und Dienstleistung müssen unter den Bedingungen des Schrumpfens, das ja gleichwohl zu qualitativem Fortschritt genutzt werden soll, neu organisiert werden.

Herausforderungen, die der Forschung, aber auch der Umsetzung bedürfen. In der Region Braunschweig ist mit dem Bürgergutachten bereits ein Instrument erprobt worden, das der Kommunalpolitik helfen kann. Jetzt schickt sich das hiesige Projekt „Stadt+Um+Land 2030“ an, auch in der zweiten Phase vom Bundesforschungsministerium gefördert zu werden.

„Die Umsetzung war ohnehin bereits eingeleitet. Jetzt könnten sich die finanziellen Rahmenbedingungen und damit die Dimensionen des Projekts verbessern“, sagte Regio-

nalplaner und Koordinator Ulrich Kegel vom Großraumverband.

Indes ist noch nicht entschieden, mit welchem Finanzvolumen das Bundesforschungsministerium in die zweite Runde geht. Frau Bulmahn werde „dafür kämpfen“, aber die Sache werde gewiss „nicht wieder so opulent“ ausfallen können, meinte Engelhard. Immerhin 18 Millionen Euro hatte sich der Bund Wettbewerb und Forschungsverbund „2030“ kosten lassen.

Jetzt werden die Karten neu gemischt. Es kommt zum „Projektauf-ruf“: Nicht nur den 21 siegreichen Städten und Regionen bietet sich die Chance, die Projekte mit zusätzlicher Förderung umzusetzen. Auch die übrigen 80, die in der ersten Stufe nicht zum Zuge kamen, sind wieder mit dabei. Engelhard nannte vier Schwerpunkte: Migration; Alterung,

Regionalisierung, Internationalisierung. Dies geht einher mit den wichtigsten Resultaten des bisherigen Prozesses. Demographischer Wandel und sozialer Umbruch müssen bewältigt werden. An die Stelle kommunaler Konkurrenz treten regionale Lösungen und Vereinbarungen. Gleichzeitig ist die rein deutsche Perspektive zu eng. Ein Blick auf Japan zeigt beispielsweise, dass eine Überalterung der Bevölkerung nicht nur Negativszenarien bergen muss. Es bietet sich die Chance zum Aufbau einer ungemein vielfältigen Dienstleistungsgesellschaft.

Ein Thema der Stadtforschung, das da zwei Tage lang von Experten in der Braunschweiger Stadthalle ausgebreitet wurde. Die Herausforderungen jedoch sind real und müssen den Bürgern vermittelt und von ihnen mitgelöst werden.

Braunschweiger Zeitung, 26.09.2003

„Schrumpfung ist Chance“

Experten loben Region

Braunschweig (jkr). Der anhaltende Bevölkerungsrückgang sollte in der Region zwischen Harz und Heide nicht unbedingt ein Nachteil werden. Diese Ansicht vertrat der Direktor des Zweckverbands Großraum Braunschweig (ZGB), Martin Kleemeyer, am Mittwoch in Braunschweig.

„Die Schrumpfung kann zur Chance werden“, meinte Kleemeyer anlässlich einer von dem Verband organisierten Tagung zur Zukunftsplanung. Er bezog sich dabei auf eine wissenschaftliche Studie über die Entwicklung der Region. Die Verfasser hatten hervorgehoben, dass eine geringere Bevölkerungsdichte mehr Platz und somit die Möglichkeiten einer besseren Lebensqualität für das Individuum erbebe.

Insgesamt sei der Großraum Braunschweig trotz aller bekannten gegenwärtigen Schwierigkeiten heute schon sehr gut für die Zukunft gerüstet, befanden die Wissenschaftler. Die Erkenntnis, dass eine Zusammenarbeit auch über die Grenzen der Kommunen und Landkreise hinweg die Lösung vieler Sachfragen vereinfache, habe sich durchgesetzt. In der Region bestehe „eine hoch ausgebildete Dialog- und Kooperationskultur, wie sie anderenorts noch nicht als Vision formuliert ist“. Genutzt werden sollten die entstandenen Netzwerke unter anderem, um Probleme wie etwa die steigende Zahl von Wohnungsleerständen in den Städten sowie Herausforderungen des Umweltschutzes in den Griff zu bekommen.

Peiner Allgemeine Zeitung, 25.09.2003

Donnerstag, 25. September 2003

NIEDERSACHSEN UND DIE REGION

5

„Wir müssen Schrumpfen als Chance begreifen“

„Stadt 2030“: Das bislang größte Projekt der deutschen Stadtforschung wurde in Braunschweig (vorerst) abgeschlossen

Von Henning Noske

BRAUNSCHWEIG. Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) hat die Erhaltung lebendiger Städte und Regionen als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben bezeichnet.

Bulmahn sprach gestern Abend in der Braunschweiger Stadthalle beim Abschlusskongress des Bundeswettbewerb „Stadt 2030“, dem bislang größten Projekt der deutschen Stadtforschung. Deutlich wurde, dass in den nächsten Jahrzehnten Schrumpfungprozesse Stadt- und Regionalplaner vor große Herausforderungen stellen werden.

Bevölkerungsrückgang wird von den Experten an erster Stelle als Ursache genannt. Dieser Prozess geht einher mit einer zunehmenden



Edelgard Bulmahn.

Überalterung der Bevölkerung. So ist absehbar, dass Menschen, die älter als 75 Jahre sind, etwa in ländlichen Gebieten bereits in wenigen Jahren zwischen 40 und 75 Prozent der Bevölkerung stellen werden.

Edelgard Bulmahn forderte Konzepte für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Bildung und das Zusammenleben der Kulturen, die solche Herausforderungen aufgreifen. Immerhin hatte das Bundesforschungsministerium für den Bundeswettbewerb und den Forschungsverbund von 21 siegreichen Städten und Regionen insgesamt 18 Millionen Euro bereitgestellt. Die Region Braunschweig hatte 1,2 Millionen Euro erhalten. Insbesondere sei es wichtig, eine wirkungsvolle Bürgerbeteiligung aufzubauen, sagte Staatssekretär Thilo Braune vom Bundesbauministerium am Abend in der Stadthalle.

Dies wurde im Großraum Braunschweig bereits beispielhaft umgesetzt, wo es erstmals ein Bürgergutachten gab. „Hier ist es schon zu einer Resonanz weit über die etablierte Politik und Verwaltung hinaus gekommen“, lobte am Nachmittag Professor Dr. Julian Wékel von der Technischen Universität Darmstadt.

Bereits am Vormittag hatte das hiesige Projekt „Stadt+Um+Land 2030“ mit einem Zukunftsforum ebenfalls in der Stadthalle die sogenannte Leitbildentwicklung abgeschlossen. Nun soll die Umsetzungs-

phase beginnen. Auch hier geht es darum, Bevölkerungsrückgang und Alterung mit wirksamen Anpassungsstrategien zu begegnen. „Wir haben ein gutes Ergebnis: Alle Beteiligten sind sich darüber einig, dass regionale Zusammenarbeit ein wirksames Rezept ist“, sagte Hennig Brandes vom zuständigen Planungsausschuss des Großraumverbandes.

In der Tat. Zwar war das Projekt auf drei verschiedenen Säulen aufgebaut: Verantwortliche/Politiker, Experten und Bürger. Alle drei Gruppen formulierten ihre wichtigsten Thesen, wobei letztere in das Bürgergutachten mündeten. Doch die Ergebnisse unterschieden sich nicht wesentlich. Regionalplaner Ulrich Kegel vom Großraumverband, Koordinator des Projektes, fasste sie so zusammen: „Wir müssen das Schrumpfen als Chance begreifen.“

Dörte Weber, alleinerziehende Mutter aus Cramme, beschrieb ihr Mitwirken als Bürgergutachterin so: „Eigentlich habe ich es mir nicht zgetraut, vor so vielen Leuten zu reden. Doch jetzt macht es mir langsam richtig Spaß.“ Fast schon routiniert listete Dörte Weber Wünsche und Erwartungen für 2030 auf: Grundversorgung auch in Wohnortnähe, immer noch gute Verkehrsanbindung, Arbeit und Einbindung auch für ältere Menschen. Das war im Sinne von Edelgard Bulmahn: Neue Akteure treten auf den Plan,

„Informierte Bürger sind entscheidend für den Erfolg“

Edelgard Bulmahn

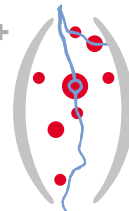


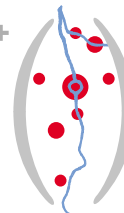
Sie stellten für die Region Braunschweig Leitbilder vor (von links): Dieter Fraunholz (Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung), Sabine Habermann-Lorentzen (Bürgermitglied in der Verbandsversammlung) und Dörte Weber aus Cramme (eine von 94 Bürgergutachtern). Foto: Noske

nehmen viele Dinge selbst in die Hand, die sie nicht mehr Politikern und Verwaltern allein überlassen wollen. Denn der dramatische Wandel bis 2030 und darüber hinaus wird alle fordern. Die ersten Auswirkungen sind bereits heute zu spüren. „Über die Bewältigung der Probleme wird maßgeblich in den Regionen selbst entschieden“, sagte Henning Binnewies vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium. Wenn Politik und Bürger jetzt auf den Wandel reagierten, dann dürfe „auch das Schließen von Einrichtungen nicht mehr mit dem Stigma des Verlierers behaftet sein“. Für

Braunschweigs Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink geht es im positiv verstandenen Sinn um die Frage: „Wie kann die Region schrumpfen und doch qualitativ wachsen?“

Ein Prozess des Nachdenkens und Ringens um Lösungen, der jetzt nicht jäh enden soll. „Die Region Braunschweig hat sich einen Vorsprung und eine solide Basis erarbeitet“, lobte Binnewies. Das werde sich auszahlen. „Informierte Bürger“ seien entscheidend für den Erfolg, steht für Edelgard Bulmahn fest. Damit waren Dörte Weber aus Cramme und die anderen gemeint. Die wollen jetzt weitermachen.





Diese Broschüre dient der allgemeinen Information über das Forschungsvorhaben „STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig“.

Sie erscheint in einer Auflage von 1.000 Stück und wird von ZGB und KoRiS gemeinsam herausgegeben.

Redaktion

Catherine Evers, Ulrich Kegel, Siegfried Thom (ZGB)

Dieter Frauenholz, Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling, Annette Krön (KoRiS)

September 2003

Zweckverband Großraum Braunschweig

Frankfurter Str. 2, 38122 Braunschweig

Telefon: (05 31) 2 42 62-0

Telefax: (05 31) 2 42 62-40

E-Mail: zgb@zgb.de



Zweckverband
Großraum
Braunschweig

KoRiS - Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung

Vahrenwalder Str. 7, 30165 Hannover

Telefon: (05 11) 93 57-150

Telefax: (05 11) 93 57-152

E-Mail: info@koris-hannover.de



Das Vorhaben STADT+UM+LAND 2030 wird unterstützt durch:



In der Schriftenreihe „Beiträge zu STADT+UM+LAND 2030“ sind bisher erschienen:

- Heft 1 Ideenskizze STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig
- Heft 2 Vorhabenbeschreibung STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig
- Heft 3 STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig: Das Projekt stellt sich vor
- Heft 4 Zukunftskonferenz STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig
- Heft 5 Bürgergutachten STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig
- Heft 6 Expertenworkshops STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig
- Heft 7 Leitbilder STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig
- Band 8 Abschlussbericht zum Forschungsprojekt STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig
- Band 9 Abschlussbericht Forschungsfeld Arbeits-Stadt-Region 2030
- Band 10 Abschlussbericht Forschungsfeld Wohn- und Versorgungs-Stadt-Region 2030
- Band 11 Abschlussbericht Forschungsfeld Stadt-Landschaft 2030
- Band 12 Abschlussbericht Forschungsfeld Mobilitäts-Stadt-Region 2030
- Band 13 Abschlussbericht Forschungsfeld Kooperative Stadt-Region 2030
- Heft 14 Zukunftsforum STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig